

# klartext

Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt



Uwe Heft



Katja Bier



Matthias Höhn



Birke Bull



Jutta Fiedler



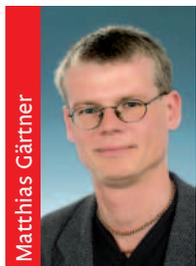
Harry Czeke



Frank Hoffmann



Britta Dörr



Matthias Gärtner



Stefan Gebhardt



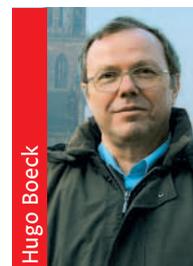
Wulf Gallert



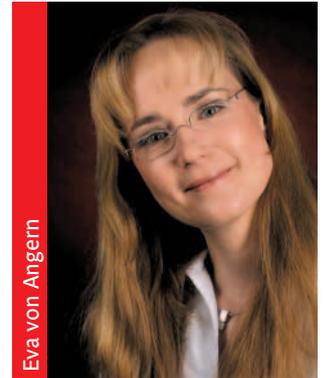
Dr. Detlef Eckert



Gerald Grünert



Hugo Boeck



Eva von Angern



Sabine Dirlich



Guido Henke



Jürgen Dannenberg



Katja Deibicht

## Sie haben die Wahl...

Seite 3

Zur Wahl 3

Wulf Gallert

Der Verantwortung stellen 4

Themen

Linke Wirtschaftspolitik 6

Linke Sozialpolitik 7

Schule als Chance 8

Frühe Bildung 8

Von Städtumbau bis Mindestlohn 9

Mehr Staat – mehr Sicherheit? 10

Daueraufgabe für die Demokratie 11

Kunst im Landtag 12

„Lege den Finger auf jeden Posten...“ 13

Nicht verwalten, mitgestalten 14

Satire

Nachtfried Wecker 15

Bildnachweis:

Sven Barquet (3, 5, 6, 10, 12, 13)

Jana Müller (6, 8, 10, 14)

Antifaschistisches INFO-Blatt (11)

Dr. Thomas Drzisga (12)

Landeswahlbüro (Titel, 16)

Impressum

**klartext – Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt**  
**Herausgeber:** Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt/Landesvorstand  
**Redaktion:** Anke Lohmann (Leitung), Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Sven Barquet, Matthias Gärtner (MdL), Oliver Müller, Dr. Martin Reso, Joachim Spaeth  
**Druck:** Harzdruckerei, Wernigerode  
**Auflage:** 18.000 Exemplare  
**Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. Februar 2006. klartext erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

**Anschrift:** Linkspartei.PDS Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg  
 Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848,  
 E-Mail: landesvorstand@linkspartei-sachsen-anhalt.de

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

am 26. März sind Sie aufgerufen, einen neuen Landtag in Sachsen-Anhalt zu wählen. Die CDU-geführte Landesregierung verbreitet Jubel- und Frühaufsteherstimmung.

**Fakt ist,** in keinem anderen Bundesland sind 2005 – ebenso wie 2004 – so viele reguläre Arbeitsplätze vernichtet worden wie in Sachsen-Anhalt.

**Fakt ist,** mehr als ein Viertel der Kinder in Sachsen-Anhalt wachsen in Armut auf, mehr als sonst irgendwo in der Bundesrepublik.

**Fakt ist** ebenso, dass in Sachsen-Anhalt der Geldbeutel der Eltern maßgeblich über den Bildungserfolg ihrer Kinder entscheidet, nur Bayern schneidet hier noch schlechter ab.

Doch die Dinge müssen nicht bleiben, wie sie sind. Unser Land hat seine Stärken und Potenziale. Auf sie müssen wir setzen, sie fördern und ausbauen. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die Menschen. Sie sind das größte Potenzial, das wir haben. Unser Erfolg speist sich weder aus wertvollen Bodenschätzen, noch aus den verlängerten Werkbänken. Unser Erfolg steht und fällt mit dem Maß an Bildung und Ausbildung, das wir den Kindern zugänglich machen. Unser Erfolg hängt davon ab, ob Wissenschaftler und Forscher Sachsen-Anhalt als ein Land ansehen, in dem sich attraktive Arbeitsmöglichkeiten an den Hochschulen und Instituten bieten. Unser Erfolg wird bestimmt davon, ob es uns gelingt, den großen Berg an Arbeit im sozialen, kulturellen oder ökologischen Bereich, der unerledigt bleibt oder von 1-Euro-Jobbern abgetragen wird, in echte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umzuwandeln.

Meine Partei hat zur Landtagswahl ein 100-Tage-Programm und ein Wahlprogramm für die nächsten fünf Jahre vorgelegt. Vieles von dem werden Sie in dieser Wahlausgabe des klartext finden. Ich möchte Sie einladen, mit uns über unsere Konzepte ins Gespräch zu kommen.

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,** viele von Ihnen haben uns bei der vergangenen Bundestagswahl das Vertrauen ausgesprochen. Die Linkspartei.PDS stieß auf eine überwältigende Zustimmung. Großen Anteil daran hatte nicht zuletzt der gemeinsame Wahlkampf mit der WASG. Auch auf der Liste der Linkspartei.PDS zur

Landtagswahl finden Sie Kandidatinnen und Kandidaten der Wahlalternative. In diesen Tagen werden Sie Mitglieder der Linkspartei.PDS und der WASG gemeinsam im Wahlkampf erleben. Darüber bin ich sehr froh.

**Am 26. März geht es um eine Richtungsentscheidung.** Macht Sachsen-Anhalt weiter auf dem Weg der Auslese unserer Kinder in der Kita und der Schule nach dem Einkommen der Eltern, weiter auf dem Weg der Niedriglöhne und Billigjobs, weiter auf dem Weg eines überbordenden Aufsichts-, Kontroll-, Berichts-, Erlass- und Verordnungs(un)wesens? Oder ändern wir die Richtung?

Wir wollen bessere Bildungschancen für alle. Wir wollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt 1-Euro-Jobs und einen gesetzlichen Mindestlohn. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, in dem die Bürger das Sagen haben und nicht nur verwaltet werden.

Dafür werbe ich um Ihr Vertrauen am 26. März 2006. Gehen Sie wählen! Und wählen Sie konsequent – Die Linke. Damit die Richtung stimmt.

**Ihr Matthias Höhn**  
 Landesvorsitzender  
 der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

*8. März*

**Wir gratulieren zum Internationalen Frauentag**

...und laden herzlich ein zu:  
**„DU BIST FRAU“** – die bundesweite Frauentagsveranstaltung der Linkspartei.PDS.

Am 8. März 2006, um 18.30 Uhr in Magdeburg, in der „Feuerwache“, Halberstädter Str. 140.

**Ein multimediales Spektakel mit dem Sax´n Anhalt Orchester und vielen Prominenten.**  
 Der Eintritt ist frei.



# Liebe Wählerinnen und Wähler!

Die Linkspartei.PDS tritt bei den kommenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt mit dem Ziel an, stärkste politische Kraft im Land zu werden. Mit dem Ministerpräsidentenkandidaten Wulf Gallert möchte sie den Anspruch unterstreichen, dass ein grundlegender Richtungswechsel in der Politik für die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts notwendig ist. Aus bundespolitischer Sicht können die ersten Landtagswahlen in einem ostdeutschen Bundesland nach der Bildung der großen Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel ein wichtiges politisches Signal aussenden, das auch die Bundespolitik beeinflusst.

Im Januar kletterte die Zahl der Arbeitslosen wieder auf über fünf Millionen. In Sachsen-Anhalt ist jeder fünfte Arbeitnehmer arbeitslos. Gleichzeitig steigen die Aktienkurse, die Gewinne der Großunternehmen und die Auftragseingänge der Industrie. Dabei handelt es sich überwiegend um Aufträge aus dem Ausland. Im Inland geht der Aufschwung an den Menschen vorbei. Die Deutsche Bank gab gerade einen Rekordgewinn von 6,4 Mrd. Euro und einen Abbau weiterer 6.400 Arbeitsplätze bekannt. Durch permanente Kürzungen der Löhne, Gehälter, Renten und Sozialleistungen tragen die sozial Schwächeren die „Erfolge“, für die sie sich im wahrsten Sinne des Wortes nichts kaufen können, schon gar nicht in Sachsen-Anhalt.

Statt aus dem Scheitern der einseitig neoliberalen Wirtschaftspolitik und deren negativen Folgen endlich die Konsequenzen zu ziehen, schreibt die Regierung Merkel die rot-grüne Reformagenda fort. Nach „Hartz IV“ soll mit der Einführung von „Kombilöhnen“ der Niedriglohnssektor zu Ungunsten von regulären Arbeitsplätzen ausgebaut werden. Das Renteneintrittsalter wird, noch schneller als ursprünglich geplant, auf 67 Jahre erhöht. Faktisch handelt es sich um weitere Rentenkürzungen. Gleichzeitig müssen sich überdurchschnittlich viele ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitslos melden. Das versprochene Programm, Arbeitslose über 50 Jahre zu fördern, lässt auf sich warten.

Sachsen-Anhalt befindet sich nach wie vor in einer schwierigen Lage. Trotz der Wahlversprechen von CDU und FDP hat sich die Situation vieler Menschen nicht verbessert. Die Arbeitslosigkeit verharrt auf einem sehr hohen Niveau. Von einem angeblichen wirtschaftlichen Aufwärtstrend, den die Landesregierung versprach, ist nichts zu spüren, und Unternehmensansiedlungen blieben weitgehend aus. In der Summe wurden weitere reguläre Arbeitsplätze abgebaut. Eine der Folgen ist, dass gerade junge und qualifizierte junge Menschen dem Land den Rücken kehren.

Die von der Landesregierung betriebene neoliberale Politik setzte auf einen wirtschaftlichen Aufholprozess durch eine weitere Senkung sozialer Standards, den Ausbau eines Niedriglohnssektors und durch Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge im Land und in den Kommunen. Auch die sachsen-anhaltinische SPD wird diese Politik in ihren Grundzügen fortsetzen und den status quo des Landes verwalten, wie man durch ihre Bundespolitik weiß.

Dem gegenüber will die Linkspartei.PDS im Falle eines Wahlerfolges einen grundlegenden Richtungswechsel in Sachsen-Anhalt einleiten. Durch mehr Investitionen in die Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule. Durch die Einführung von Tariftreue-Klauseln gegen Lohndumping, durch die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, durch eine Verwaltungs- und Gebietsreform mit der Bildung von fünf Regionalkreisen. Sie will einen Stopp der Privatisierungsstrategie der CDU-geführten Landesregierung, die dem Land und den Kommunen und damit auch den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr politische Gestaltungsmöglichkeiten entzieht. Im Koalitionsvertrag der Merkel-Regierung werden die neuen Bundesländer nur noch mit einer Fußnote bedacht. Vom Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West ist nicht mehr die Rede. Die Folge ist, dass die Kürzungen der Renten, der Ausbau des Niedriglohnssektors und die für 2007 geplante dreiprozentige Mehrwertsteuererhöhung die Schere zwischen Ost und West noch weiter öffnen wird. Die neuen Bundesländer bleiben so von der neoliberalen Politik überproportional betroffen. Damit rückt eine wirtschaftliche und soziale Angleichung der Lebensverhältnisse in immer weitere Ferne.

Mit der Wahl der Linkspartei.PDS kann ein Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit nicht nur in Sachsen-Anhalt eingeleitet werden. Sie könnte auch der Beginn einer Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat einleiten, der von der großen Koalition dominiert wird. Und möglichst viele Stimmen für die Linkspartei.PDS sind ein wichtiges Signal an die Bundesregierung, ihre Ignoranz gegenüber den besonderen Problemen in den ostdeutschen Ländern aufzugeben.

**Dr. Gregor Gysi  
Oskar Lafontaine**

■ Seine erste Station ist in Burg die Firma pro-beam. Zu hören und zu sehen gibt es, wie Werkleiter Uwe Dünkel versichert, Weltniveau. Hier wird mit Elektroden geschweißt, gehärtet und gelötet. Das macht pro-beam zwar auch andersorts. Doch in Burg geschieht das in einer Riesenkammer, die ist 630 Kubikmeter groß und damit weltweit (nahezu) einzigartig.

Wie kommt die Weltspitze ausgerechnet nach Sachsen-Anhalt, dem Land der vielen Arbeitslosen und der zahlreichen Abwanderer? Und, das interessiert Gallert noch mehr: Was kann das Land, was muss die Firma tun, damit die Spitze bleibt?

Vor zwei Jahren entschied sich pro-beam (mit Hauptsitz bei München) für den neuen Standort – „natürlich mit entsprechender Förderung“. Ein zweiter Grund für Burg sind leistungsfähige Nachbarn im Gewerbegebiet. Gallert will es genau wissen: Was unternimmt die 18-Leute-Firma, um auch in vier, fünf Jahren Weltspitze bieten zu können? Wie wird geforscht? Woher kommt Spitzen-Nachwuchs?

Zu Dünkels Antworten gehört die Geschichte mit dem Diplomanden. Einen solchen sucht er händeringend, direkt an Hochschulen warb er für diese Chance – einen geeigneten Interessenten fand er trotz Jobgarantie nicht. Vielleicht liegt's am Ruf des Standortes, vielleicht daran, dass Branchengrößen Absolventen frühzeitig mit Riesenscheinen locken? Die Abwanderung junger Fachkräfte kennt viele Geschichten.

Gallert führt eine weitere Ursache an: die Folgen der Strukturpolitik. In den neunziger Jahren ist der Maschinenbau heruntergefahren worden. Das hat sich im öffentlichen Bewusstsein festgehakt, und der Drang nach technischer Ausbildung ging dramatisch zurück. Erst jetzt setzt ein erneuter Wandel ein. Auf die Absolventensituation wird sich das um 2010 auswirken. In der Werkhalle, groß, übersichtlich und sauberer als mancher Supermarkt, erläutert der Chef beinahe schwärmerisch, was seine Leute mit den Elektronenstrah-

# Der Verantwortung stellen

Eigentlich, sagt Wulf Gallert, sei er nicht unbedingt der Typ „Reisekader“. Aber was heißt das schon in diesen Wochen? Es ist Wahlkampf, die große Zeit des intensiven Werbens um Sympathien und Stimmen. Da wird jeder Kandidat irgendwie zum Reisekader: Wählerforum hier, Vereinsbesuch da, Pressetermin überall. Dem Spitzenkandidaten der Linkspartei.PDS reicht das nicht. Er sucht verstärkt den Dialog mit Wirtschaft und Wissenschaft. An diesem Freitag sucht er ihn im Jerichower Land.

len alles können. Die geschweißten Teile sind für Luftfahrt, Medizintechnik, Militär, Autoindustrie. Wenn VW demnächst täglich 500 Teile geschweißt haben will, geht's dreischichtig zur Sache. Bald sollen ein Millionen-Anbau und mit ihm neue Arbeitsplätze folgen. „Und ab 30 Beschäftigten denke ich an Lehrlinge.“

In puncto Wirtschaftsförderung, glaubt Dünkel, seien sich wohl alle Parteien einig. Der Politiker widerspricht ein wenig: Künftig sollten Investitionen stärker als bisher für Qualität und Nachhaltigkeit, für Arbeitsplätze von Dauer gefördert werden. Investitionen für Innovation.

Gast und Gastgeber sparen sich Unverbindlichkeiten über Wetter und Ähnliches; es geht ernsthaft zum Thema. Gallert fragt wieder und wieder, zitiert andere Fachleute, wirkt konzentriert und kundig. Was er parteipolitisch denke, flechtet Dünkel ein, sei egal. Standortpolitisch indes sei Burg erste Wahl. Insofern freue er sich über das Interesse an regionalen Firmen.

Wulf Gallert, 42, verheiratet, ein Sohn, stammt aus Havelberg. Mit seinen 1,88 Meter verkörpert er einige Beständigkeit. Es ist zu vermuten, und er bestätigt es selbstironisch: Der Kandidat hat nichts gegen Gemütlichkeit.

Er war Unterstufenlehrer, womit er gern kokettiert, machte Staatsexamen und Diplom, studierte Politik, leitete ein Jugendzentrum, kam 1994 in den Landtag. Er kennt die Klassenzimmer, das Leben und das politische Geschäft. In der Zeit

des Magdeburger Modells (Tolerierung der SPD-Regierung durch die PDS) erwarb er sich den Ruf des Mannes im Hintergrund. Aber jetzt, da er mit seiner Partei die Nummer 1 im Land werden und der Regierungspolitik eine andere Richtung geben will, möchte er diesen Ruf korrigieren. Er agiert nun ganz vorn an der Rampe, muss viele Leute ansprechen und überzeugen, muss sein Können glaubwürdig vermitteln.

Wir fahren weiter, bleiben in Burg. Die Nahverkehrsgesellschaft Jerichower Land GmbH (NJL) steuert durch einen ziemlich dünn besiedelten Flächenkreis. Geschäftsführerin Jutta Frömmrich beschreibt eine Vielzahl von Problemen, alle haben mit Geld zu tun. Der öffentliche Nahverkehr wird zum ewigen Kreisverkehr: sinkende Fahrgastzahlen, geringere Einnahmen, reduzierte Förderung, weniger Haltepunkte, sinkende Fahrgastzahlen... In fünf Jahren gingen sie um zehn Prozent zurück.

Ein Grund: Statt 7.500 Schüler wie früher gibt's derzeit knapp über 5.000. Je Bus fahren sieben Schüler weniger, nur: Der Bus muss selbstverständlich trotzdem fahren. Vieles hängt mit vielem zusammen. Und selbst wenn in einigen Jahren die Zahl der Schüler wieder steigt, ist noch lange nicht raus, ob sie auch – Stichwort Wegzug – in „unseren Schulen ankommen“.

Frau Frömmrich klagt über verringerte Zuschüsse aus dem Regionalisierungs-

**DIE LINKE. PDS**  
Damit die Richtung stimmt.

**Aktionen, 100-Tage-Programm, Kampagne, Kandidatinnen, Kandidaten, Kompetenzteam, Kundgebungen, Mitmachen, Spitzenkandidat, Termine, Wahlkreise, Wahlprogramm, Wahlprüfsteine, Werbespots... ALLES zu finden: [www.waehlt.dielinkspartei-lsa.de](http://www.waehlt.dielinkspartei-lsa.de)**



**Wahlkampfstart mit Wulf Gallert**, Spitzenkandidat der Linkspartei.PDS für die Landtagswahl 2006.

fonds und über eine Benachteiligung der bevölkerungsschwachen Kreise. Da legt Gallert Widerspruch ein. Es sei insgesamt nicht weniger Geld, nur würde es pauschal an die Kreise gegeben, und möglicherweise reduzierten diese ihrerseits die Mittel. Dass der Kandidat auch hier eine Reihe von Zahlen parat hat, resultiert aus der langjährigen Abgeordnetentätigkeit. Sein Metier sind Haushaltspolitik und Verwaltungsreform. Oder schlicht die bohrende Frage: Welche Ideen haben Linke dafür, dass Sachsen-Anhalt eine Zukunft hat? Und wie soll sie aussehen, wie finanziert werden, diese Zukunft?

An diesem Freitag, bei dieser Tour durchs Jerichower Land ist der Kandidat weniger der Befragte, schon gar nicht der Agitierende, er wirkt mehr als Zuhörender, Fragender, Nachfragender. Vielleicht ist Frau Frömmrich ein bisschen enttäuscht, als Gallert unumwunden sagt: „Es wäre fahrlässig von mir, Ihnen zu versprechen, die Landesmittel zu erhöhen.“

Am Vortag ergab eine Umfrage vier Prozent weniger für die Linken als bei der Befragung zuvor. Nicht superschön, aber auch nicht superschlecht; vor einem Jahr hätten sie sich über einen solchen Zwischenbescheid gefreut. Die Ansprüche sind gewachsen. Das hängt mit der Perspektive der Linken im Bund zusammen und mit einem „inneren Modernisierungsschub der PDS“ im Land. „Wir haben in den vergangenen Jahren viel an uns gearbeitet, wir haben etwas für die Gesellschaft gebracht.“ Deshalb ist Gallert Optimist: Wegen unseres Standes bei den Leuten und wegen der sozio-ökonomischen Situation können wir stärkste Partei werden.

Weiterfahrt nach Genthin, zur Kreis- und Stadtbibliothek. Die ist offensichtlich ein Schmuckstück, und seine Juwelierin heißt Gabriele Herrmann. Gallert und Herrmann kennen sich gut, schließlich ist sie Fraktionsvorsitzende im Kreistag. Jetzt geht's jedoch nicht um Linkspartei, Frak-

tion und Kreistag, allenfalls am Rande.

Die Bibliotheksleiterin lebt, das tut gut zu spüren, für Bücher und ihre Nutzer. Ehrenamtlich führt sie den Landesverband Sachsen-Anhalt des Deutschen Bibliotheksverbandes. In Kommunen und Hochschulen gibt es 110 „richtige“ Bibliotheken und außerdem, auf bescheidenem Niveau, 280 nebenberufliche und ehrenamtliche. Sie alle verbindet die Frage nach ihrer Zukunft. Denn wird beim Personal oder bei den Büchern gekürzt, veraltet die Bibliothek und macht sich überflüssig.

Gabriele Herrmann wirbt um Hilfe: Bis 2007 erarbeitet eine Bibliothekskonferenz Vorschläge für den Landtag. Hoffentlich finden sie dann dort Gehör und Gnade. Ihr besonderer Wunsch: Die Landesfachstelle für Bibliotheken soll als qualifizierte Ansprechpartnerin gestärkt werden. Gallert macht es sich nicht einfach, wägt Probleme, Landes- und kommunale Interessen ab.

Der Tag mit zig Fakten, Fragen und Forderungen hat es in sich. Dennoch sucht Gallert eine solche Gesprächstour weit über die eigene Wählerschaft hinaus, er will Erkenntnisse gewinnen und Erdachtes überprüfen.

Es ist kurz vor Fünf, nun gilt es umzuschalten: Die Basis wartet im Genthiner Hotel „Müller“. Gut 50 wollen ihren Spitzenkandidaten hören. Und der spannt den Bogen von „damals“, als die soziale Frage, ausgehend von Magdeburg, endlich wieder in den Blickpunkt gerückt worden ist, bis zum Entstehen der neuen Linken. Und er erinnert daran, dass in Sachsen-Anhalt jedes vierte Kind in Armut und dass 30 bis 40 Prozent der Einwohner ständig in sozialen Ängsten leben. Gallert nimmt das Heimspiel ernst. Er spricht laut und verständlich und kommt ohne jede Kampfpoetik aus. Gallert will seine Leute für die Wahlkampfwochen ermuntern: Es geht, hier wird er fast leidenschaftlich, nicht um Linkspartei und nicht um WASG, nicht um Wulf Gallert und nicht um Dolores Rente – es geht um die Interessen derjenigen, die uns bei der Bundestagswahl in der Hoffnung auf eine starke neue Linke gewählt haben: „Wir müssten uns vor uns selbst schämen, wenn wir es nicht schaffen, uns dieser Verantwortung zu stellen.“

**| Stefan Richter**  
arbeitet als Redakteur des  
DISPUT in Berlin.

# Linke

## Wirtschaftspolitik

Eine neue Wirtschaftspolitik sei notwendig, so eine Kernbotschaft unseres Wahlprogramms.

Nur eine neue? Oder auch eine linke?

■ Nach dem unvollständigen Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft nach dem alten Muster der Industriegesellschaft steht die Herausforderung, den Übergang in die wissensbasierte Produktion zu gestalten. Die ist vom steilen Anstieg der Kapitalausstattung bei gleichzeitig deutlichem Rückgang von einfacher menschlicher Arbeit und deren Substitution durch „Kopfarbeit“ im Wertschöpfungsprozess gekennzeichnet. CDU und FDP sind rückwärts gewandt: Deregulierung, Ansiedlungen um jeden Preis, Förderung von Branchennetzwerken zur Stärkung bestehender wirtschaftlicher Schwerpunkte etc.. CDU und FDP binden ihre Politik an das Prinzip Hoffnung: Die wirtschaftliche Aufholjagd sei dadurch zu gewinnen, dass soziale Standards weiter abgebaut werden, dass das Prinzip „Jeder ist sich selbst der Nächste.“ Menschen aktiviere und dass Jobs im Niedriglohnbereich für Menschen ohne Arbeit einen Anreiz darstellen.

Was ist der Kern zukunftsorientierter Wirtschaftspolitik? Träger der wissensbasierten Gesellschaft sind die Menschen. Deshalb muss sich Wirtschaftsförderung künftig zuerst auf den Menschen, nicht auf Sachinvestitionen richten. Selbsttragende Wirtschaftsentwicklung wird es nur geben, wenn sich Grundlagenforschung in modernen Technologien, in wissensbasierter Produktion niederschlägt. Das Land verfügt über beachtliche innovative wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale. Nötig sind ein zukunftsorientiertes Investitionsprogramm für Arbeit, lebenslange Bildung, Umwelt und Infrastruktur. Das geht nicht ohne öffentliche und private Investitionen. Wirtschaftspolitik kann und darf nicht nur auf „Leuchttürme“ des Wachstums zielen. Hier gibt es ländliche Räume und Zentren zukunfts-fähiger Industrieansiedlungen. In den ländlichen Räumen muss die Neuorgani-

sation von Wirtschaft, Beschäftigung und sozialen Lebensfeldern gefördert werden: Zu berücksichtigen sind die Entwicklung der Produktion und Vermarktung regionaler Nahrungsgüter, stoffliche und energetische Verwertung von Biomasse, Gewinnung regenerativer Energien, aber auch die soziale Organisation und Entwicklung des ländlichen Lebens. Zugleich brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 1.400 €, um existenzsichernde Einkommen zu ermöglichen. Tarifliche Vereinbarungen sind nicht ausreichend, nur knapp die Hälfte der Beschäftigten im Osten wird nach Tarifverträgen bezahlt, es gibt Vereinbarungen, die nicht existenzsichernd sind, im Wachschatz, bei Reinigungsfirmen oder in vielen Dienstleistungsbereichen.

Wir sind nicht nur aus sozialpolitischen Gründen für gesetzlichen Mindestlohn: Wenn Arbeit in Deutschland zu billig wird, haben wir keinen Druck mehr, innovativ zu sein. Im Übergang zur wissensbasierten Gesellschaft ist der Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors notwendig, um Langzeitarbeitslose durch die Zusammenführung von ALG II, Kosten für Unterkunft und für 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu bringen. Beschäftigte in Bereichen mit geringer Wertschöpfung dürfen nicht länger zu Verlierern abgestempelt werden. Arbeit soll sich für sie selbst und für die Unternehmen lohnen - nicht durch Kürzung der Nettolöhne, sondern auf dem Weg zu einem Mindestlohn durch zeitlich befristete Steuerfinanzierung der Sozialversicherungsbeiträge. So können wir die vielen Mini- und Midi-Jobs, Scheinselbstständigkeiten und die Schwarzarbeitsverhältnisse zugunsten existenzsichernder Arbeitsverhältnisse abbauen. Lohn- und Sozialdumping, Einschränkung ökologischer Standards und Aushebelung demokratischer Teilhabe



führen in die Sackgasse. Es darf keine Spaltung der Gesellschaft entstehen, bei der ein Drittel der Erwerbsfähigen über relativ gesicherte Erwerbsverhältnisse verfügt und zwei Drittel in dauerhaft prekären Erwerbsverhältnissen leben müssen oder gar vollständig von existenzsichernden Arbeitsverhältnissen ausgeschlossen sind.

Hier setzt linke Politik an. Links ist für mich vor allem, gesellschaftliche Entwicklungen so zu gestalten, dass die Schwachen nicht auf der Strecke bleiben. Die Möglichkeiten ihrer Teilhabe an Entwicklungen der Gesellschaft sind für mich Maßstab von Politik. Wenn der Starke auf den Schwachen trifft, unterdrückt die Freiheit, und das Gesetz befreit - Jean Jacques Rousseau beschreibt in einfachen Worten, dass der Abbau von Regeln in der Gemeinschaft den Starken stärkt und den Schwachen schwächt. Dem entgegenzuwirken, das ist linke Politik.



**Dr. Frank Thiel**

kandidiert auf Platz 6 der Landesliste der Linkspartei.PDS mit den Arbeitsschwerpunkten Wirtschaft und Arbeit.



# Linke Sozialpolitik

Der Ruf nach der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wird heutzutage an ganz anderer und ungewöhnlicher Stelle laut. Konservative Sozialpolitik erschöpft sich immer öfter darin, mit dem Verweis auf die leeren Kassen – dem mangelnden Wirtschaftswachstum geschuldet – das Verteilen einzustellen, hier und da durchaus mit ehrlichem Bedauern versehen. Neoliberale wiederum bemühen dafür den an sich emanzipatorischen und deshalb sympathischen Wert der Selbstbestimmung und der Eigenverantwortung. Wenn aber kaum noch etwas bleibt, womit selbst bestimmt werden kann, was eigens verantwortet werden soll, verkehrt sich dieser Anspruch in sein Gegenteil: in Fremdbestimmung und Resignation. Sozialpolitik ist schon lange nicht mehr nur auf die vermeintlich komfortable Lage zu reduzieren, das zu verteilen, was andere erwirtschaften. Uns geht es deshalb auch aber keineswegs nur um das (Um-)Verteilen. Es gilt auch zu überlegen, wie es Sozialpolitik gelingen kann, die eigenen Fähigkeiten und Potenziale von Menschen zu entdecken und zu nutzen, um das Leben in die eigene Regie zu nehmen und um Lust darauf zu machen, etwas für die Gemeinschaft zu tun. Sozialpolitik ist Gesellschaftspolitik im Sinne des Ausgleichs zwischen Arm und Reich, im Sinne von

Freiheit und sozialer Sicherheit in vernünftiger Balance, nicht zuletzt aber auch schlicht um Nachteilsausgleich.

Eine Projektgruppe nahe bei der Landtagsfraktion legt dieser Tage „Neue soziale Ideen“ vor, Vorschläge und Ideen also, die eine solche moderne linke Sozialpolitik erkennbar und greifbar machen sollen:

- Bildung macht stark. Deshalb wollen wir, dass die Bildungsangebote der Kindertagesstätte auch den Kindern arbeitsloser Eltern wieder uneingeschränkt offen stehen.
- Die soziale Auslese in den Schulen soll ein Ende haben, auch das ist der Sinn unseres Entwurfs für ein neues Schulgesetz.
- Eine gute Idee ist obendrein, den Schulen eigene Budgets zur Verfügung zu stellen, um Schülerinnen und Schülern mit wenig Geld die Teilnahme an Klassenfahrten zu ermöglichen.
- Eine Stiftung „Eigentum verpflichtet, Bildung macht stark.“ könnte Menschen in Sachsen-Anhalt, die über ein kräftiges Einkommen verfügen, die Möglichkeit geben, sich für ganz konkrete und erlebbare Projekte zur Förderung von Kindern aus bildungsbenachteiligten Familien zu engagieren. Warum nicht, wenn auf diese Weise eine sinnvolle Umver-

teilung auf den Weg gebracht würde?

- Statt eines Landesfamilienpasses schlagen wir die Förderung kommunaler oder regionaler Familienpässe vor. Kinder und ihre Eltern sollen kulturelle, soziale und Bildungsangebote in der Region – z.B. gegen eine geringe Pauschale – günstiger nutzen können. Die Nutzung von Bus und Straßenbahn zum kleineren Preis wäre für Familien mit geringem Einkommen noch dazu eine lebenspraktische Hilfe. Eine Reihe bisher ungenutzter Förderprogramme könnten zur Finanzierung beitragen.
- Die vielen verschiedenen Beratungsangebote in den Städten und Gemeinden – für immer mehr Menschen Anlaufstelle bei sozialen Konflikten – sollen eine verlässlichere Förderung erhalten durch die Einführung einer kommunalen Sozialpauschale. Die Mittel des Landes können gebündelt und dann zweckgebunden den Landkreisen zur Verfügung gestellt werden. Vor Ort kann so, besser gesteuert als vom Schreibtisch eines Landesbeamten, ganzheitlich und unter einem Dach beraten werden.
- Für Menschen mit Behinderungen wollen wir Schritt für Schritt Barrieren abbauen, in den Köpfen, in den Institutionen – vor allem in den Schulen und nicht zuletzt in den Medien.

Alles wird nicht auf einmal und über Nacht zu haben sein. Wir versprechen nicht den Himmel auf Erden, auch wenn wir uns gelegentlich einräumen, immer mal wieder darüber nachzudenken. Auf eines ist bei uns Verlass: Einen belastbaren sozialen Zusammenhalt in einer modernisierten Gesellschaft zu schmieden, das steht immer ganz weit oben auf unserem politischen Aufgabenzettel.

Unsere Vision ist ein barrierefreies Sachsen-Anhalt: vor allem den Menschen, die sich in ihrer Chancengleichheit behindert oder eingeschränkt sehen, sollen Zugänge und Teilhabe möglich werden. Sozialpolitik ist keine Frage von Barmherzigkeit, jedenfalls nicht nur. Uns geht es um moderne linke Sozialpolitik, die soziale Sicherheit, Eigenverantwortung und nicht zuletzt die Freiheit zusammenbindet, innovativ, ausgleichend und fördernd. Es geht um Hilfe zur Selbsthilfe, um selbst bestimmtes und in diesem Sinne eigenverantwortliches Leben.



**Birke Bull** ist als erfahrene Sozialpolitikerin im Kompetenzteam des Spitzenkandidaten. Sie kandidiert auf Platz 3 der Landesliste der Linkspartei.PDS.

# Schule als Chance

■ Bildungschancen bestimmen in hohem Maße über Zukunftschancen. Bildungsqualität entscheidet auch über Lebensqualität. Und Fachkräftepotenzial ist heute und in Zukunft Voraussetzung für Wirtschaftspotenzial.

Eben weil in diesem Bereich nicht nur eine Weiche gestellt wird, gehört er auch ins Zentrum guter Landespolitik. Mindestens vier große Problemfelder gilt es aus Sicht der Linkspartei anzupacken:

- die extreme soziale Schieflage im Bildungssystem Sachsen-Anhalts,
- die unzureichende individuelle Förderung,
- die hohen Quoten niedriger oder fehlender Schulabschlüsse und
- die viel zu frühe administrative Auslese der Kinder bereits nach der 4. Klasse.

Gleichzeitig ist uns bewusst, wie stark der Wunsch nach Kontinuität und Stabilität im Schulsystem ist. Da wir uns aber nicht abfinden wollen mit den Defiziten, haben

wir ein Schulreformgesetz vorgelegt, das genau in diesem Spannungsfeld agiert.

Wir bleiben bei unserem Ziel einer „Schule für alle Kinder“, in der individuelle Förderung vitaler Bestandteil ist und eine Differenzierung der Bildungslaufbahnen erst nach dem 9. oder 10. Schuljahr erfolgt, aber wir gehen den Weg der inneren Reform, an dessen Ende eine neue Schulstruktur steht.

Schwerpunkt ist die Sekundarschule. Sie wollen und müssen wir aufwerten. Möglichst alle Schülerinnen und Schüler sollen hier den Realschulabschluss erreichen oder bei entsprechenden Leistungen nach der 9. Klasse ohne Zeitverlust in die gymnasiale Oberstufe wechseln. Dafür bedarf es einer Anhebung der Stundentafel genauso wie intensiver individueller Förderung. Damit zweiteres auch gelingen kann, wollen wir den Lehrerinnen und Lehrern pädagogische Fachkräfte zur Seite stellen. Sie sollen im Unterricht unterstützen oder

danach weiter mit Schülerinnen und Schülern üben oder auch Projekte an der Schule gestalten.

Und natürlich finden sich in unserem Schulreformgesetzentwurf so wichtige Punkte wie Schulsozialarbeit, polytechnische Bildung an den Schulen, integrativer Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderungen, Stärkung der demokratischen Rechte von Schülerinnen und Schülern oder auch Vorschläge für ein stabiles und erreichbares Schulnetz in Sachsen-Anhalt.

Die Linkspartei hat ein konkretes Konzept für die Schulbildung in Gesetzesform auf den Tisch gelegt – übrigens als einzige Partei bisher. Wir werben um Mehrheiten für unsere Ideen, damit die Zukunft unserer Kinder in der Schule beginnt und nicht weiter für so viele dort bereits endet.

Das Schulreformgesetz der Linkspartei ist im Internet abrufbar unter [www.linkspartei-sachsen-anhalt.de](http://www.linkspartei-sachsen-anhalt.de)



**Matthias Höhn**

kandidiert in Sachsen-Anhalt auf Listenplatz 4 der Linkspartei.PDS mit dem Schwerpunkt Bildung und Innovation.

# Frühe Bildung

■ Kinder und Jugendliche sind das Fundament einer Gesellschaft; wird daran gespart, kann das gesamte Haus zusammenbrechen... Diesen Grundsatz hat die Linkspartei.PDS nicht nur verstanden, sondern legt ihn auch ihrem Handeln zu Grunde. Daher werden auch sämtliche politische Vorhaben auf ihre Kinder- und Jugendfreundlichkeit hin geprüft. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist für uns nicht nur ein Schlagwort. Wir haben großes Vertrauen in die Träger der Kinder- und Jugendarbeit und wollen sie durch Verlässlichkeit und Planungssicherheit, beispielsweise mittels langfristiger Förderverträge und vereinfachter Verwaltungswege in ihrer Arbeit stärken. Ein wichtiges Anliegen ist der Linkspartei.PDS zudem der Erhalt der Mittel der Jugendpauschale und des Fachkräfteprogramms und die Schaffung von Projekten der Schulsozialarbeit. Kurzsichtige Modellprojekte lösen die vorhandenen Probleme nicht. Es bedarf langfristiger Konzepte. Die Linkspartei.PDS misst der frühkindlichen Förderung und Bildung einen hohen

Stellenwert bei. Kindertageseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen, in denen das Kind im Mittelpunkt steht! Kitas legen den Grundstein für ein erfolgreiches Lernen. Was hier versäumt wird, ist nur schwer wieder aufzuholen. Um der wissensbasierten Gesellschaft gerecht zu werden, bedarf es einer hohen Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertageseinrichtungen. Allen Kindern – unabhängig vom Erwerbsstatus ihrer Eltern – muss der Zugang zu dieser Qualität als persönlicher Anspruch offen stehen. So können gegebenenfalls bestehende Nachteile ausgeglichen werden.

Der durch Gesetz festgelegte und vor allem auch von den Eltern erwartete Bildungsauftrag in Kitas stellt ErzieherInnen vor eine enorme Herausforderung. Sie sollen sich intensiv jedem einzelnen Kind in seinem jeweiligen Entwicklungsstadium widmen und es fördern. Sie sollen sämtliche Förderungsmöglichkeiten ausschöpfen, wobei auch das Lebensumfeld des Kindes einbezogen werden soll. Dieser Prozess soll von ihnen selbst evaluiert

werden und im Sinne der Kinder fortgeschrieben werden. Eine Anhebung der ErzieherInnenausbildung vom momentanen Fachschul- auf ein Hochschulniveau ist aus Sicht der ErzieherInnen und unserer Sicht daher unverzichtbar.

Kindertageseinrichtungen sollen nicht nur den Eltern ihr Berufsleben erleichtern, sondern Eltern aktiv und auf gleicher Augenhöhe dabei unterstützen, ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag gerecht werden zu können. Das heißt, es findet kein „Entlassen“ aus der Elternschaft, sondern eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern und Kindertageseinrichtung in Form einer Erziehungspartnerschaft statt. Kitas müssen dafür offenere und vielfältigere Betreuungsformen entwickeln. Die Kindertagesstätte ist ein Kommunikationsort mit und zwischen Eltern. Um all diese Ziele zu erreichen, wird die Linkspartei.PDS noch im Sommer 2006 ein neues Kindertagesstättengesetz in den Landtag von Sachsen-Anhalt einbringen.



**Eva von Angern**

kandidiert auf dem Listenplatz 9 der Linkspartei.PDS. Die Juristin engagiert sich als Fachpolitikerin für Kinder- und Jugendliche.

# Von Stadtumbau bis Mindestlohn

■ Kommunale und öffentliche Wohnungsunternehmen sind unverzichtbar, sie bleiben für die Daseinsvorsorge zwingend notwendig. Profitorientierung und Veräußerungen an Rendite erwartende Investoren können für diesen existenziellen Lebensbereich nicht die Handlungsmaximen sein. Nicht nur das Kerngeschäft (Neu- und Ausbau, Modernisierung, Vermietung), auch die Bereitstellung von Wohnraum für einkommensschwache und sozial benachteiligte Haushalte ist zu sichern. Da liegt auch der unmittelbare Anschluss an die Auswirkungen von Hartz IV. In Sachsen-Anhalt leben 26 Prozent aller Kinder in einkommensbenachteiligten Haushalten. Um Gettoisierungen zu verhindern und ansprechende Wohngebiete zu erhalten, ist die regelmäßige Anpassung der Wohngeldsätze sowie der Regelungen für die Kostenübernahme von Miete und Nebenkosten vorzunehmen. Ein erster Schritt könnte in der Wiedereinführung von pauschalierten Abrechnungen liegen. Für die öffentlichen Wohnungsunternehmen wie für die Kommunen ließen sich so Kosten ebenso minimieren wie unzumutbare Belastungen für die Mieter.

Das Stadtumbauprogramm beinhaltet heute vorrangig Abrissförderung. Für den effizienten Einsatz der ab 2006 einzusetzenden Mittel zur Aufwertung auch des gesamten Wohnumfeldes müssen gemeinsam mit allen Beteiligten Orientierungen geschaffen werden. Auch beim Wohnungsabriss sind Vorgaben zu erarbeiten, wie Mietern adäquater Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann. Das schließt Regelungen für die Finanzierung der Umzugskosten, der Kautionszahlungen oder der Genossenschaftsanteile ein. Der künftige Einsatz von Fördermitteln für das Bauen im Bestand (Barrierefreies Wohnen, Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, Sanierungen im ländlichen Raum auch außerhalb der Ortskerne) verlangt eine bessere Koordination der Beteiligten.

Die erwünschte Rückkehr von Einwohnern nach Sachsen-Anhalt ist nicht allein durch deren innere Bindungen zu ermöglichen. Wünsche zum Wohnen im länd-

lichen Raum verlangen neben Arbeitsplätzen einen Mindeststandard bei der Infrastruktur (ÖPNV, medizinische Versorgung, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten) und deren Finanzierbarkeit. Darum sind Ver- und Entsorgungssysteme an die Bevölkerungsentwicklung anzupassen. Weg von überdimensionierten zentralen Wasser- und Abwasserunternehmen, hin zu dezentralen Lösungen ohne überlange Netze mit mangelndem Durchfluss und anschließenden hygienischen Problemen – so können Anschluss- und Nutzungsgebühren verringert und finanzielle Anreize für die Anlieger zum Zuzug und für private Investitionen geschaffen werden.

Der sparsame Einsatz von Haushaltsmitteln setzt die Durchsetzung der Vergabevorschriften durch alle öffentlichen Auftraggeber und alle Fördermittelempfänger voraus. Aufgrund des relativ ansteigenden Anteils öffentlicher Aufträge an der Gesamtbauleistung kommt hier der öffentlichen Hand eine besondere Vorbildwirkung zu. Die Auswahl fachlich geeigneter Bieter mit auskömmlich kalkulierten Preisen ist notwendig, um Bauleistungen qualitativ hochwertig und termintreu fertig zu stellen. Die Einhaltung der Handwerksordnung u.a. wettbewerbsrechtlicher Vorschriften hilft wirksam bei der Vermeidung von Billigangeboten und Schwarzarbeit. Unter diesen Voraussetzungen und der ordnungsgemäßen Rechnungszahlung können Mindestlohnregelungen tatsächlich greifen und zu einer spürbaren Verbesserung der Massenkaufkraft beitragen.

## Guido Henke,

der Jurist kandidiert auf der Landesliste der Linkspartei.PDS auf dem Platz 8 für die Politikfelder Infrastruktur und Raumordnung.



## Der Jurist vom Bau

Guido Henke, 1964 in Haldensleben geboren, studierte von 1986 bis 1990 Rechtswissenschaft an der Universität Jena. Sein Berufsweg begann als wissenschaftlicher Mitarbeiter der PDS-Volkskammerfraktion, dann im ersten gesamtdeutschen Bundestag. Nach drei Jahren als Parlamentarischer Berater für die PDS-Fraktion im Verfassungs- und Rechtsausschuss des Sächsischen Landtages wechselte Guido Henke als Verbandsjurist zum Baugewerbeverband Sachsen-Anhalt nach Magdeburg. 1999 wurde er dessen Geschäftsführer.

Der parteilose Unternehmervertreter kandidiert für die Linkspartei.PDS zur Landtagswahl 2006. Diese Entscheidung ist die Konsequenz aus beruflich erworbenen Einsichten in eine andere Wirtschaftspolitik: „Weg von Lohn- und Preisdumping hin zu echten Mindestlöhnen und Arbeit in Würde. Kleine Unternehmen brauchen verlässliche Aufträge zu auskömmlichen Preisen, um in die Lage versetzt zu werden, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und korrekt zu vergüten.“

# Mehr Staat – mehr Sicherheit?

Oft hört man die Meinung: „Warum sollen von mir keine Daten gesammelt und gespeichert werden? Ich habe doch nichts zu verbergen.“ Aber bis zu welchem Punkt ist man bereit, sich „gläsern zu machen“ und sich unter einen Generalverdacht stellen zu lassen?

■ Ich lehne es ab, dass, wie von der EU geplant und von der Bundesregierung abgesegnet, künftig jede Nutzung meines Telefons, Handys oder Internets protokolliert und die Daten mindestens 6 Monate gespeichert werden. Nicht nur, dass die anfallenden Datenmengen technisch nicht beherrschbar sind und die Straftäter zahlreiche, einfache Möglichkeiten haben, dieses Datensammeln zu umgehen. Ebenso bewirkt die Datenspeicherung keinen verbesserten Schutz vor Terror und Kriminalität. Sie beeinträchtigt in inakzeptabler Weise die Privatsphäre und ebnet den Weg in eine immer weiter reichende Massenüberwachung Unschuldiger. Zudem ist sie ein verfassungswidriger Eingriff in das Telekommunikationsgeheimnis.

Selbstverständlich haben die Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf Sicherheit vor Terror und Kriminalität. Sie haben aber auch ein Recht auf Demokratie und Gewährleistung ihrer Bürgerrechte. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Stärkung der Bürger- und Grundrechte und ein zivilgesellschaftliches Konzept öffentlicher und persönlicher Sicherheit sind für mich eine unverzichtbare Voraussetzung demokratischer Sicherheitspolitik. Ich setze mich für eine Rechts- und Innenpolitik ein, die so viel Freiheit wie möglich und so viel Sicherheit wie nötig für jeden garantiert.

Dazu gehört auch, dass die Polizei keine Probleme bewältigen muss, die von der Politik gelöst werden müssen. Ich möchte eine bürgernahe Polizei. Aber auch eine Polizei, die hochmotiviert, engagiert und mit hoher sozialer und fachlicher Kompetenz arbeitet. Dazu gehören Polizeistrukturen und Arbeitsbedingungen, die es ihr ermöglichen, die anstehenden Aufgaben



effektiv zu lösen. Denn ein vor Ort sicht- und ansprechbarer Polizeibeamter ist wichtiger für das individuelle Sicherheitsgefühl, als ein Beamter, der hinter der Videokamera sitzt. Aus diesem Grund fordere ich ein Personalentwicklungskonzept, das garantiert, dass die Polizisten vor Ort präsent sind.

Auf keinen Fall dürfen der Bundeswehr Polizeiaufgaben übertragen werden. Das wäre verfassungswidrig. Aber selbst darüber scheinen sich die Befürworter in den Reihen von CDU/CSU hinwegsetzen zu wollen. Auch ich möchte, dass die Fußballweltmeisterschaft friedlich und fair verläuft. Aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Slogan „Zu Gast bei Freunden.“ zu einer Floskel verkommt, da man immer mehr den Eindruck gewinnt, es kämen nur „Feinde“. Eine gut funktionierende Justiz als dritte Gewalt ist unerlässlich für die Schaffung von Rechtsfrieden. Es müssen also solche Bedingungen geschaffen werden, die es erlauben, Verfahren schneller und in größerer zeitlicher Nähe zur Tat abzuschließen. Strafen

sind kein Selbstzweck. Sie dienen nicht nur der Sühne, sondern sie sollen vor allem der Resozialisierung des Täters dienen. Um das zu gewährleisten, müssen nicht nur die Personalsituation, sondern auch die baulichen Voraussetzungen in den Strafvollzugseinrichtungen verbessert werden. Eine Übertragung des Strafvollzugsrechts in Länderhoheit lehne ich strikt ab. Der Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen als die schärfste Form des Eingriffs in Freiheitsrechte benötigt einheitliche Mindeststandards und bundeseinheitliche Rechtsnormen. Angesichts mancher Verbrechen ist es verständlich, dass viele Menschen härtere Strafen für Straftäter fordern. Es ist aber ein Irrglaube, dass härtere Strafen zwangsläufig zu weniger Straftaten führen. Unrühmliches Beispiel ist die USA. Trotz der dort noch praktizierten Todesstrafe ist die Anzahl der Gewaltverbrechen ansteigend. Die Möglichkeiten unseres Rechtssystems sind ausreichend, um Straftäter für ihre Taten angemessen zur Verantwortung zu ziehen. Was verändert werden muss, sind die sozialen Rahmenbedingungen. Ein Straftäter, der nach verbüßter Straftat ins soziale Aus stürzt, wird es schwer haben, straffrei zu bleiben. So abgedroschen es auch erscheint, die beste Präventionsarbeit wird geleistet durch eine bessere Politik in den Bereichen Jugend, Bildung, Beschäftigung und Familie. All das kostet natürlich Geld. Aber ein Platz im Strafvollzug ist weitaus teurer. Und jede verhinderte Straftat erspart vielen Menschen Leid und Kummer.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine Daueraufgabe in unserer Demokratie. Es darf nicht sein, dass man sich immer nur dann mit diesem Thema beschäftigt, wenn eine rechtsextreme Partei in ein Parlament einzieht oder droht einzuziehen. Es läuft etwas falsch, wenn das menschenverachtende, ausländerfeindliche Gedankengut der Rechten als normale Meinungsäußerung in einer pluralistischen Demokratie gewertet wird. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus muss als gesellschaftliche und politische Querschnittsaufgabe verstanden werden. Dazu werden wir ein entsprechendes Landesprogramm entwickeln.



**Gudrun Tiedge**

ist Fachpolitikerin für Innere Sicherheit und Bürgerrechte im Kompetenzteam des Spitzenkandidaten. Sie kandidiert auf Platz 5 der Landesliste der Linkspartei.PDS.



Neonazidemonstration in Magdeburg am 15. Januar 2005

# Daueraufgabe für die Demokratie

■ Anfang des Jahres konnte bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen im Zuge einer Landtagsdebatte eine große Übereinstimmung hinsichtlich eines gemeinsamen Engagements aller demokratischen Kräfte in Sachsen-Anhalt gegen einen Einzug der rechtsextremen DVU in das Parlament am 26. März 2006 konstatiert werden. Während einer Tagung des „Netzwerkes für Demokratie und Toleranz“ wurde das nochmals von einer Vielzahl von Organisationen und Einzelpersonen unterstrichen. Offensichtlich aufgeschreckt durch die im ganzen Land vorhandene Plakatierung der DVU und den Erfahrungen aus dem Wahlkampf 1998 ist es zu diesem einhelligen Schulterschluss gekommen. Ob dieses Signal den Einzug der Rechtsextremen verhindern wird, ist offen. Trotzdem darf bei allen Erklärungen nicht in den Hintergrund geraten, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit kontinuierlich geführt werden muss. Und da hat es erhebliche Defizite in den letzten Jahren gegeben. Nach der Landtagswahl 1998, bei der die rechtsextreme DVU aus dem Stand mit fast 13 Prozent in das Parlament einzog, und insbesondere nach der Diskussion im Sommer 2000 – Ausgangspunkt war der brutale Mord an Alberto Adriano in Dessau – wurden in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus eine Vielzahl von Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ins Leben gerufen. Unter anderem entwickelte der Ver-

ein Miteinander e.V. unterstützt mit finanziellen Mitteln des Landes ein regional verankertes Netzwerk für Demokratie. Mit dem Regierungswechsel im Jahr 2002 wurde dem Verein die finanzielle Unterstützung durch das Land massiv gekürzt. Weit weniger als 50 Prozent der Gelder hat der Verein zur Zeit zur Verfügung. Das schränkte die Tätigkeit ein. Regionale Stützpunkte mussten geschlossen werden. Die Landesregierung und die sie stützenden Parteien folgten der alten Logik der Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus. Dabei wurde und wird allerdings verkannt, dass Sachsen-Anhalt ein strukturelles rechtsextremes Problem hat, welches demokratiegefährdend ist. Zudem laufen zum Ende des Jahres 2006 die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus wie Civitas oder Entimon aus. Über mögliche Anschlussfinanzierung ist bislang nichts bekannt. Finanziert werden darüber die derzeit fünf im Land bestehenden Anlaufstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt.

Unterdessen verstärkten sich in der letzten Zeit rechtsextreme und fremdenfeindliche Aktivitäten. Insbesondere sind in letzter Zeit immer wieder gewalttätige rechtsextreme Angriffe gegen andersaussehende und andersdenkende Menschen zu verzeichnen. So wurde in einem kleinen Dorf in der Nähe von Schönebeck ein afrodeutscher Minderjähriger von ortsbekanntem Neonazis brutal misshandelt. Dort wie auch bei anderen Delikten bleibt fest-

zustellen, dass die Täter immer wieder im Umfeld neonazistischer Kameradschaften anzusiedeln sind. Sie sind die derzeit wichtigsten Neonazistrukturen in Sachsen-Anhalt. Diese sind regional verankert und versuchen durch unterschiedliche Aktivitäten eine regionale Hegemonie aufzubauen. In einem Diskussionspapier des Vereins Miteinander e.V. verweist dieser darauf, dass „rechtsextreme Politik- und Identitätsangebote offenbar in Teilbereichen erheblich an politischer und alltagskultureller Attraktivität gewonnen haben.“ Ursache sei einerseits Politik- und Demokratieverdrossenheit und eine als umfassend empfundene soziale Krise. Das sind ausreichende Gründe für Miteinander e.V. für ein neues Landesprogramm für Demokratie und Toleranz einzutreten. Darüber sollten mobile Beratungsteams für Kommunen; nicht-rechte, demokratische und alternative Angebote im Jugendbereich; professionelle, wissenschaftlich begleitete Sozialarbeit und Opferberatungsstellen für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt gefördert werden. Bestandteil soll aber auch die Erwachsenenbildung und Elternarbeit sein, um demokratische Grundwerte zu vermitteln und zu verankern. Grüne und Linkspartei. PDS im Land haben bereits Unterstützung für ein solches Programm signalisiert. Bleibt im Sinne der Zukunft der Demokratie in Sachsen-Anhalt zu hoffen, dass sich eine breite politische Mehrheit dafür nach der Wahl findet. | **Matthias Gärtner**

**Festival** „Bunt statt Braun – keine Stimme für Nazis!“ am 10. März 2006, 19.00 Uhr in der Factory in Magdeburg

**Forum zum Thema Rechtsextremismus mit Petra Pau**, 21. März 2006, 17.00 Uhr, Schönebeck, Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Am Stadtfeld“



## Kunst im Landtag?!

■ Kunst im Landtag?! Ob das wohl zusammen passt?! Das werden sich im November 1994 auch die Mitstreiter um Horst Weidt von der Künstlergruppe 90 gefragt haben. Da fand nämlich die erste Ausstellung der Gruppe auf den Fluren der PDS-Fraktion statt. Seit dem hat sich ein reges Ausstellungsleben dort entwickelt, welches mittlerweile nicht mehr aus dem Alltag der Fraktion wegzudenken ist. Nicht nur für die zahlreichen Besucher des Landtages sind die Ausstellungen ein Anziehungspunkt. Auch für Mitarbeiter und Abgeordnete bieten die Kunststücke immer wieder Gelegenheit während des normalen täglichen „Politikwahnsinns“ einige Minuten inne zu halten. Die Künstlergruppe fand sich im Jahr 1990, um einen Neubeginn zu wagen. Die Künstler fühlen sich immer noch der ethischen Funktion der Kunst verpflichtet, entgegen dem vorherrschenden Zeitgeist. Leiter der Gruppe ist Horst Weidt. Vor einigen

Tagen feierte er mit vielen, vielen Freunden seinen 70. Geburtstag. Wenn er mit seinem Hund im Landtag auftaucht, weiß man, dass eine neue Ausstellung vorbereitet wird. Mit unermüdlichen ehrenamtlichen Engagement sorgt er dafür, dass die Bilder und Fotografien exakt aufgehängt und beschriftet sind. Er ist der stille und bescheidene Macher, der ungern im Vordergrund stehen möchte. Geboren wurde Weidt in Pommern im Jahr 1936. Vom Landwirt ging er zur Volkspolizei und landete schließlich in den 60er Jahren an der Spezialschule für bildnerisches Volksschaffen. 1970 absolvierte er ein Fachschul-Fernstudium Pionierleiter, Kunsterziehung und Deutsch. Seit 1980 ist er Leiter der Klubgalerie. Aber Weidt organisiert nicht nur Ausstellungen sondern ist auch selbst leidenschaftlicher Maler und Grafiker. Zum zehnjährigen Jubiläum der Künstlergruppe heißt es über ihn: „Sich ein eigenes Bild machen von

der Welt, vom Menschen, von einer Landschaft – und das im wahrsten Sinne des Wortes –, dabei den ständig durch Medien auf uns einwirkenden Schemata der Bilderwelt, aber auch denen der geistigen Sicht widerstehend, ist die Motivation seiner künstlerischen Tätigkeit.“ Bleibt zu hoffen, dass dieser Leitspruch auch weiterhin Motivation für sein ehrenamtliches Engagement im Interesse von Kunst und Kultur ist. Zumindest ist bereits nach der Wahl am 26. März eine weitere Ausstellung in den Fluren der Linkspartei.PDS in Planung. Vorbei schauen lohnt sich immer!

**| Matthias Gärtner**

**Horst Weidt**  
Maler, Grafiker, Galerist  
und Spiritus Rector  
der Künstlergruppe 90.





# „Lege den Finger auf jeden Posten...“

(B. Brecht)

Der Finanzausschuss des Landtages tagt mit schöner Regelmäßigkeit mindestens einmal im Monat, manchmal auch zweimal. Wenn Haushaltsberatungen anstehen noch öfter. Minister und Staatssekretäre berichten den Vollzug bestimmter Maßnahmen, die mit öffentlichen Geldern durchgeführt wurden oder beantragen noch mehr Geld, weil es Fehlplanungen oder Nachbesserungen gab. Beamte erklären, warum das so ist. Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen stimmen den Vorschlägen der Regierung meistens zu. Manchmal müssen sie auch eine Auszeit nehmen, damit ihnen der Minister sagen kann, wo es lang geht. Und die Abgeordneten der Opposition versuchen, ihre Politikansätze in den Haushaltsberatungen zu untersetzen. Doch meist werden unsere Vorschläge abgelehnt. Manchmal gefällt den Koalitionsfraktionen eine Idee und sie bringen sie dann irgendwann als ihren Antrag ein.

Manchmal frage ich mich dann schon, warum wir stundenlang über dem Haushalt sitzen, die einzelnen Positionen durchrechnen, Finanzierungsvorschläge aufzeigen, uns streiten über jeden Euro und am Ende landet schon im Finanzausschuss fast alles im Papierkorb. Die Haushaltslage von Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen ist nach vier Jahren CDU/FDP-Re-

gierung katastrophal. Das Ziel der Landesregierung, durch Kürzungen in sozialen Bereichen wie der Kinder- und Jugendpolitik, aber auch bei den Hochschulen und der Konzentration der Mittel in den traditionellen Investitionsbereichen wie Straßenbau oder dem Bauwesen generell, die Nettoneuverschuldung bis 2006 auf Null zu fahren, ist gescheitert. Dazu kommt die seit Jahren anhaltende falsche Finanz- und Steuerpolitik des Bundes, die von CDU und FDP in großen Teilen mitgetragen wurde.

Die von uns angestrebte Kurswende hin zu einer solidarischen, ökologischen und nachhaltigen Politik wird wesentlich von den finanziellen Spielräumen bestimmt werden. Stabile öffentliche Haushalte sind für die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt eine wichtige politische Zielgröße. Das Land darf sich aber trotz aller finanziellen Probleme nicht aus der sozialen Verantwortung für seine Bürgerinnen und Bürger stehlen. Die Linkspartei.PDS steht hier vor einer der größten Herausforderungen. Wir werden also genau prüfen, welche öffentlichen Aufgaben der Staat künftig für seine Bürgerinnen und Bürger erfüllen will, wo die eigentlichen Schwerpunkte für die Entwicklung unseres Landes liegen und welche finanziellen Mittel wir dafür haben.

An erster Stelle stehen dabei Investitionen in Bildung, auch wenn wir wissen, dass wir für diese Investitionen einen langen Atem brauchen werden. Menschen verhalten sich nun mal nicht nach den Grundsätzen des Haushaltes. Da wird vielleicht auch der eine oder die andere, die in Sachsen-Anhalt gut ausgebildet wurde, in ein anderes Bundesland gehen und andere würden von unserer schönen Investition profitieren. Dafür kann es Lösungen geben. Entscheidender aber ist, dass jedes Kind und jeder Jugendliche die Chance erhält, sich zu bilden und damit die entscheidende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben zu haben. Außerdem können wir es uns gar nicht leisten auf das Wissen, Können und die Fähigkeiten auch nur eines Menschen zu verzichten. Oder wir dürfen nicht vom demographischen Wandel sprechen.

Konsolidieren und „Sparen an sich“ kann für uns kein Ziel innovativer Haushaltspolitik sein. Das gilt aber auch für das schlichte „Mehr Geld ausgeben“ für bestimmte Bereiche. Viele Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahren das Sparen, was ja die meisten selbst machen, auch in der Politik verinnerlicht. Trotzdem aber kann es erforderlich sein, dass wir mittel- und langfristig eine moderate Verschuldung verantworten. Diese Mittel müssen aber für Zukunftsfähigkeit und Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Innovation, Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit eingesetzt werden. Das bedeutet dann, dass vielleicht ein Kreisverkehr oder eine Zubringerstraße weniger gebaut werden kann.

Das aber wird nur machbar sein, wenn Finanz- und Haushaltspolitik den Mythos verlieren, von Sachzwängen bestimmt zu sein. Haushalts- und Finanzpolitik darf nicht länger Sache selbstbestimmter Spezialisten sein. Mit Bürgerhaushalten bzw. partizipativer Haushaltspolitik werden wir die Finanzprobleme der Kommunen auch nicht lösen können. Aber wir können einen Schritt zur Demokratisierung von Haushaltspolitik, zur Teilhabe und aktiven Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung des alltäglichen Lebens tun.



**Dr. Angelika Klein**

ist im Kompetenzteam verantwortlich für das Ressort Finanzen und Haushalt. Sie kandidiert auf Platz 7 der Landesliste der Linkspartei.PDS.

# Nicht verwalten, mitgestalten

Gehören Sie auch zu jenen, die manchmal resigniert gedacht haben: „Es hat ja alles keinen Zweck, die da oben machen ja doch, was sie wollen?“ Sie ärgerten sich über eine Entscheidung im Land oder in Ihrer Kommune, weil Sie sich vielleicht selbst aktiv für eine andere Lösung einsetzten, diese für richtig erachteten oder weil Ihnen ganz einfach die Informationen über die Gründe des Tuns der Politiker fehlten. Das ist alles nachvollziehbar, zumal es auch immer noch passiert, dass Bürgerinnen und Bürger mit einem Anliegen in die Verwaltung kommen, erst nach den richtigen Ansprechpartnern suchen und sich dann mit unverständlichem Amtsdeutsch allein herumschlagen müssen.

■ Als Vizepräsidentin des Landtages, verantwortliche Fachpolitikerin für Verwaltungsmodernisierung und Kommunalpolitikerin sind mir sehr wohl die noch vorhandenen Defizite von Politik und Verwaltung bekannt. Und dennoch oder gerade deshalb, resignieren Sie nicht, mischen Sie sich ein, am Wahltag ebenso wie im Alltag, denn die Gesellschaft braucht Sie. Was wäre unser Land beispielsweise ohne die vielen ehrenamtlich Tätigen im Sport, im sozialen Bereich, in der Feuerwehr oder in der Kinder- und Jugendarbeit. Weil wir wissen, wie unverzichtbar bürgerschaftliches Engagement ist, setzt sich die Linkspartei.PDS dafür ein, dass die Bedingungen für ein aktives Mitgestalten verbessert werden.

**1. Wir streben an**, dass sich vor Ort Bürgerkommunen herausbilden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen mit- und immer stärker selbst entscheiden, was in ihrer Kommune passiert. Das geht jedoch nur, wenn Kommunalpolitiker bereit sind, einen Teil ihrer Befugnisse an Einwohnerinnen und Einwohner abzugeben, indem sie beispielsweise einen Bürgerhaushalt aufstellen und beschließen lassen. Verwaltungen vor Ort sollen den Bürger nicht nur als Kunde betrachten, sondern als

Partner und Akteur. In manchem Ort sind wir davon noch weit entfernt. Teilweise müssen die dafür erforderlichen Voraussetzungen durch die Änderung der Kommunalverfassungen erst noch ermöglicht werden. Da sind wir am Ball.

**2. Wer mitgestalten will**, braucht die dafür erforderlichen Informationen. In der letzten Legislaturperiode sind wir an der Koalitionsmehrheit mit unserem Informationszugangsgesetz gescheitert. Doch wir geben nicht auf. Wir wollen das gläserne Rathaus und gläserne Verwaltungen. Wer es wünscht, soll Akteneinsicht erhalten, und auch Kabinettsbeschlüsse der Landesregierung sollen nicht weiterhin wie Geheimpapiere behandelt werden.

**3. Wer mitentscheiden will**, muss auch etwas zu entscheiden haben. Die Linkspartei.PDS setzt sich konsequent dafür ein, Aufgaben aus der Landesebene in den kommunalen Bereich zu verlagern. Warum sollen z. B. viele Angelegenheiten der Schulen im fernab gelegenen Landesverwaltungsamt entschieden werden? Warum sollen Aufgaben im Bereich der Sozialverwaltung im Landkreis und in der Landesverwaltung erledigt werden? Gilt es doch, Doppelarbeit zu vermeiden. Und wer könnte wohl sachkundiger über Pro-

jekte der Dorferneuerung entscheiden als die Akteure vor Ort? Aber auch in den Bereichen Jugendarbeit, Verbraucherschutz, Arbeitsmarktpolitik und Umweltschutz gibt es noch eine Vielzahl von Aufgaben, die durchaus vor Ort erledigt werden könnten, wir haben die dafür notwendigen Konzepte und sind dafür gerüstet, sie umzusetzen. Natürlich müssen die dafür erforderlichen finanziellen Mittel und das vorzuhaltende Fachpersonal dann der Aufgabe folgen. Eines hat die Linkspartei.PDS jedoch nie verschwiegen: Für eine Vielzahl dieser Aufgaben sind die kommunalen Strukturen zu kleingliedrig, um sie effizient erledigen zu können. Die Linkspartei.PDS sieht zur Bildung von Regionalkreisen deshalb keine nachhaltige Alternative.

**4. Für die Linkspartei.PDS steht fest**, die verkrusteten Bedingungen im öffentlichen Dienst müssen durch die Politik nachhaltig aufgebrochen werden. Schwarz/Gelb sieht den Königsweg im Privatisieren vieler Aufgaben. Wir setzen auf Modernisieren. Oftmals stehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen zu Unrecht in der Kritik, weil über Jahre die Politik vor den objektiven Defiziten die Augen verschloss. Auch im Land Sachsen-Anhalt muss der öffentliche Dienst konsequent auf folgende Zielstellungen ausgerichtet werden:

- Bürgerorientierung und gesellschaftliche Kooperationsfähigkeit,
- hohe Qualität der Dienstleistungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge,
- Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und vor allem mehr Ergebnis- statt Verfahrensorientiertheit.

**5. Wir haben im Parlament erreicht**, dass die Bedingungen für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide verbessert werden. So wurde die notwendige Zahl der Unterschriften von 35.000 auf 30.000 gesenkt und das Quorum für ein zulässiges Volksbegehren auf 11 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung reduziert. Werden die erforderlichen Unterschriften nicht erreicht, wird das entsprechende Bürgeranliegen künftig wie eine Massenpetition im Petitionsausschuss behandelt werden. Dennoch sind uns die Hürden immer noch zu hoch, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. So gesehen, hat es ja doch einen Zweck, sich einzumischen.



**Dr. Helga Paschke**, die Spezialistin für Verwaltungsmodernisierung kandidiert auf der Landesliste auf Platz 2.

## Warum ich meine Regierung liebe

Nachtfried Wecker

Oh, ich jauchze und frohlocke – meine Regierung hat mein Selbstwertgefühl gewaltig gesteigert. Ich lebe nicht einfach in einem Lande mit Namen Sachsen-Anhalt, nein: „Die Menschen in Sachsen-Anhalt sind ihrer Zeit voraus. Manche um Jahrzehnte, viele um Jahre. Aber alle täglich um einige Minuten.“ So lese ich es beglückt auf der Homepage des Landes. Wir sind das Land der Frühaufsteher! „So steigt der Sachsen-Anhalter jeden Werktag schon um 6.39 Uhr aus den Federn – ganze neun Minuten früher als der durchschnittliche Bundesdeutsche.“ Auch dieses kann ich dort lesen, und mehr noch: „Mit Abstand die meisten Frühaufsteher leben in Sachsen-Anhalt.“ 41 Prozent der Bevölkerung ist hier morgens schon vor 6.00 Uhr auf den Beinen – bundesweit sind es gerade einmal 23 Prozent.“ Wenn das nicht stolz macht! Selbst mich, den bekennenden Morgenmuffel. Ich gehöre sogar zu den 41 Prozent! Zugegeben, nicht ganz freiwillig, ich habe einen weiten Weg zur Arbeit. Und auch wieder zurück. Aber jetzt, seit ich von meiner Regierung weiß, dass ich damit bundesweit über ein Alleinstellungsmerkmal verfüge, da geht es mir dann doch gleich viel besser. Zwar muffle ich morgens noch immer, aber nun stolz erhobenen Hauptes. Schließlich bin ich nicht so ein verdödelter Hamburger – die wälzen sich erst 7.13 Uhr aus den Federn. Das macht mich schon ein bisschen neidisch, ganz ehrlich. Aber dafür stehe ich in einer Reihe mit Martin Luther, Otto von Guericke und Walter Gropius. Ich bin mir nun sicher, die Himmelsscheibe von Nebra wurde in frühester Morgenstunde erschaffen, der weltberühmte Bauhausstil erblickte zunächst nicht das Licht der Welt, sondern dass der Dämmerung. Und der erste Farbfilm in Wolfen wurde mit Sicherheit in tiefer Dunkelheit entwickelt. Wie das bei Filmen ja auch so ist. Meine Landesregierung geht bei all dem auch beispielhaft voran. So hat sie – gewiss täglich von frühester Stunde an – dafür Sorge getragen, dass hier nur gut ein Viertel der Kinder in Armut groß wird. Zu Zeiten meiner Landesregierung sind viele, viele Arbeitsplätze verschwunden. Gut so – die Menschen sollen nicht in's Joch gezwungen werden, sie dürfen in

freier Selbstbestimmung früher aufstehen. Meine Landesregierung sorgt sich auch um die Kinderlein in der Schule. Warum sollen sie zu viel lernen, wenn ihre Eltern sowieso kein Geld haben? Da werden die Kinderlein doch besser an das frühe Aufstehen gewöhnt, damit sie beizeiten wissen, wo es lang geht – lottriges, den Morgen verschlafendes Studentenleben ist doch für uns in Sachsen-Anhalt nicht das Erstrebenswerte! Aber damit wird auch noch Schluss gemacht. Wenn meine Landesregierung erst mal die Studiengebühren einführt, dann Lotterleben ade, dann heißt es auch hier: Raus aus den Federn, Geld beschaffen. Meine Landesregierung befördert das Frühaufstehen auch ganz pfiiffig! Im kleinen Dörfchen auf dem Lande fährt schon lange kein Bus mehr. Da heißt es früh anspannen, wenn das Tagewerk ruft! Ich finde ja, auch die Wahllokale sollten viel zeitiger öffnen. Da springen unsere Frühaufsteher nächtens aus dem Bett, und dann müssen sie warten. Das geht nicht, was da alles passieren kann! Plötzlich entscheidet sich der frustrierte Frühaufsteher vielleicht ganz anders, wer weiß? Das sollte sich meine Landesregierung noch einmal gut überlegen, schließlich wollen wir sie doch alle behalten! Menschen sollen nicht undankbar sein, wo sich unsere Regierenden so unermüdlich für uns aufopfern, und das schon in der Früh'!

Mir, dem bekennenden Morgenmuffel bleibt, das muss ich schon gestehen, naturgemäß dies verschlossen: Sind all unsere Frühaufsteher auch fröhliche, optimistische Menschenwesen? Immerhin meint ein deutscher Philosoph, Frühaufsteher seien schon am Abend Spielverderber, sie müssten gar kürzer oder schneller träumen.

Eines immerhin überzeugt mich: Frühaufsteher, so ein deutscher Aphoristiker, sind gefährliche Menschen – sie nehmen uns Urlaubern die besten Strandplätze weg!

## Termine zur Wahl

**17. März 2006**, 15.30–16.30 Uhr, Dessau, Marktplatz, **Kundgebung mit Wulf Gallert, Gregor Gysi und Direktkandidaten**

**17. März 2006**, 19.00–20.30 Uhr, Wittenberg, Theater „Phönix“, **Podiumsdiskussion mit Wulf Gallert, Gregor Gysi und Direktkandidaten**

**19. März 2006**, 13.00–15.00 Uhr, Lutherstadt Eisleben, Kloster Helfta, **Podiumsgespräch mit Gregor Gysi und Angelika Klein**

**19. März 2006**, 19.30 Uhr, Haldensleben, Sporthaus, Jahnallee **Podiumsgespräch mit Wulf Gallert, Gregor Gysi und Rosemarie Hein**

**20. März 2006**, 20.00 Uhr, Magdeburg, „Volksbad Buckau“, **Buchlesung „So viele Träume – Mein Leben“ mit Lothar Bisky**

**21. März 2006**, 18.00 Uhr, Naumburg, **Kundgebung mit Frank Thiel und Gregor Gysi**

**23. März 2006**, 18.00–20.00 Uhr, Wittenberg, **Kundgebung mit Matthias Gärtner, Jürgen Dannenberg und Dietmar Bartsch**

**24. März 2006**, 15.00 Uhr, Magdeburg, **Kundgebung mit Wulf Gallert, Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Direktkandidaten**

**24. März 2006**, 17.00 Uhr, Halle, Hallmarkt, **Kundgebung mit Wulf Gallert, Petra Sitte, Gregor Gysi und Direktkandidaten**

**26. März 2006**  
**Landtagswahl in Sachsen-Anhalt**

**26. März 2006**, ab 17.30 Uhr, Magdeburg, Leiterstraße, Sportsbar „The Fan“, **Wahlparty der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt**



André Lüderitz



Ronald Maaß



Dieter Kabelitz



Barbara Knöfler



Helga Zimmermann



Gudrun Tiedge



Ralf Schönemann



Iris Töpsch



Klaus-D. Magenheimer



Peter Kapahnke



Oliver Müller



Hendrik Lange



Dr. Helga Paschke



Dr. Angelika Klein



Dr. Uwe Köck



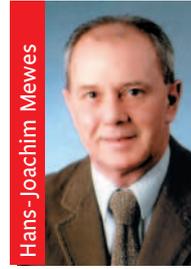
Reinhard Waag



László Müller



Edeltraud Rogée



Hans-Joachim Mewes



Dr. Frank Thiel



Gerd Kalbitz



Hans-Jörg Krause



Angelika Hunger



Swen Kröchel



Dolores Rente



Heideinde Penndorf



Hartmut Koblischke



Jürgen Ohst